

Posener Zeitung.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Montage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an. Inserate (1½ Sgr. für die viergespaltene Zeile) sind an die Expedition zu richten.

Amtliches.

Berlin, 28. Novbr. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Ober-Postdirektor Balde zu Potsdam die Erlaubnis zur Anlegung des von des Kaisers von Rußland Majestät ihm verliehenen St. Annen-Ordens zweiter Klasse in Brillanten, und dem Eisenbahnkommissarius, Geheimen Regierungsrath Grafen von Keller zu Erfurt, zur Anlegung des ihm verliehenen St. Stanislaus-Ordens zweiter Klasse; so wie dem Rittmeister von Treßow II. des 7. Kürassier-Regiments, zur Anlegung des von des Königs der Belgier Majestät ihm verliehenen Offizierskreuzes des Leopold-Ordens zu erteilen.

Der bisherige Regierungsssekretär Sommer in Delitzsch ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht in Ahaus, mit der Anweisung seines Wohnsitzes daselbst, und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Münster ernannt worden.

Angekommen: Se. Exc. der Wirkliche Geheime Rath, außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister am Kaiserl. französischen Hofe, Graf von Hatzfeldt, von Paris.

Telegraphische Depesche der Posener Zeitung.

Paris, Mittwoch, 26. Novbr. Die „Assemblée nationale“ theilt mit, daß die Prinzen Alexander von Württemberg und August von Koburg die Annahme der ihnen als Schwiegersöhne Ludwig Philipp's überwiesenen Rente verweigert haben.

(Eingeg. 27. November, 6 Uhr Abends.)

R Posen, 28. November. [Zur Schleswig-Holstein'schen Frage.] Was die Noten der deutschen Großmächte in Kopenhagen fruchten werden, müssen wir abwarten. Daß sie selbst im glücklichsten Falle in dem Verhältniß Schleswig-Holsteins zu Deutschland und Dänemark eine wesentliche Aenderung nicht herbeiführen werden, ist gewiß. Handelt es sich doch in dieser diplomatischen Intervention für's Erste nur um die formelle Frage, daß die Gesamtstaats-Verfassung den Ständen zum Zweck der Verfassung vorgelegt werden soll, und besteht das Londoner Protokoll mit seiner Garantie des dänischen Gesamtstaats doch nach wie vor in seiner Integrität fort. Ob diese Integrität einmal gebrochen werden, ob Deutschland einmal in der Lage sein wird, diesen drückenden Vertrag, mit dem die undeutsche Politik Oestreichs uns beschnitten hat, abzuwälzen, darüber haben wir nur Hoffnungen. Zur Zeit müssen wir zusehen, wie deutsche Kultur in einem deutschen Lande zerstört, wie, abgesehen von der politischen Trennung, auch die wirtschaftlichen Beziehungen dieses Landes zu Deutschland vernichtet, und die angestrebte Einheit Deutschlands in den materiellen Zuständen, in Handel und Wandel, Zoll und Tarif, Münze, Maß und Gewicht, nach dieser Seite hin unmöglich gemacht wird. Es verlohnt sich der Mühe, einen Blick auf diese materiellen Verwüstungen der dänischen Politik in den Herzogthümern zu werfen.

Der Domänenraub, die Konfiskation eines den Herzogthümern gehörenden Besitzes im Werthe von etwa 16 Millionen Thalern mit einem jährlichen Revenuenetrag von fast 2 Millionen Thalern zu Gunsten des dänischen Gesamtstaats steht als das eklatanteste Beispiel des gegen deutsche Lande verübten Bedrückungs- und Ausbeutungsda; aber es ist nicht die einzige und vielleicht auch nicht die folgenreichste Anwendung jener Praxis. Nachdem seit dem 3. 1823 die Grund- und Benutzungsteuer in den Herzogthümern nur ½ pCt. des Schätzungswertes betragen hatte, und diese Steuer für Schleswig vom 1. Oktober 1850 an sogar ganz erlassen war, beträgt dieselbe zur Zeit, wie wir dem „Bremer Handelsbl.“ entnehmen, in Schleswig das Dreifache, in Holstein das Fünffache jenes ursprünglichen Betrages von ½ pCt. Und daß der Ertrag dieser exorbitanten Steuererhebungen den deutschen Interessen der Herzogthümer zu Gute komme, wird wohl selbst von dänischer Seite nicht behauptet werden. Es geschieht zum Besten des monströsen Gesamtstaates, daß der Grundbesitz mit einem Abgabendruck belastet wird, der auf die Länge der Zeit die einst so blühende Bodenkultur in den Herzogthümern ihrem völligen Ruin entgegenführen muß.

Es ist das glorreiche Verdienst der preussischen Regierung, der Deutschland den Zollverein verdankt, eine einheitliche deutsche Handelsgesetzgebung anzuführen; der Entwurf eines Handelskoder liegt bereits vor, und ist in der gesammten deutschen Presse, von dem gesammten deutschen Handelsstande mit Hingabe der im Einzelnen abweichenden Meinungen mit Freuden begrüßt worden. Die Herzogthümer bleiben indessen nach der entschiedenen Erklärung des dänischen Bundestagsgesandten in Frankfurt von den zu erwartenden Segnungen dieses Gesetzbuchs ausgeschlossen; für sie ist es nicht gegeben, denn sie sollen in Dänemark aufgehen.

Die deutsche Vereinsmünze, welche die Beschlüsse der letzten Münzkonferenz in nahe Aussicht gestellt haben, wird in Schleswig-Holstein eine Geltung nicht erhalten, wo die dänische Reichsmünze in der willkürlichsten Art und unter den empörendsten Exaktforderungen der Bevölkerung aufgedrungen worden ist. Der deutsche Zollverein hat keine Aussicht, die Herzogthümer in sich aufzunehmen, in denen dänische Zollbeamte deutsche Bürger konfiszieren. Und in dem deutschen Zollverein zählt seit 1850 Holstein nicht mehr mit; man läßt es sich dänischer Seits sogar angelegen sein, durch möglichst hohe Posttarife auch den Briefverkehr mit dem deutschen Mutterlande, so weit es angeht, zu erschweren. So werden gewaltsam nach und nach alle Fäden, alle materiellen Beziehungen, die Schleswig-Holstein mit Deutschland verbinden, zerissen und die deutschen Elemente zerstört. Dauert dieses Gebahren noch eine geraume Zeit fort, gelingt es

erst, auch die Muttersprache zu verdrängen und zu erlödden, dann sind die Herzogthümer auf immer für Deutschland verloren, dann wird kein Grund mehr sein, daß wir für Schleswig-Holstein mehr Sympathien hegen, als wir heute für den Elsaß haben.

Deutschland.

Preußen. AD Berlin, 27. Novbr. [Die Neuenburger Angelegenheit; Spannung auf die Thronrede; die Landtagsvorlagen.] Es gilt in allen politischen Kreisen für gewiß, daß die Anwesenheit des Grafen Hatzfeldt hieselbst mit der Neuenburger Angelegenheit in Verbindung steht. Die abweisende Antwort des Bundesrathes auf die Forderung des Herrn von Sydow läßt Preußen nur noch die Alternative offen, entweder ein Ultimatum in besserer Form, und von den nöthigen Kriegsrüstungen unterstützt, an die Schweiz zu richten, oder den anderen Großmächten die Mittheilung zu machen, daß es zur Anwendung der äußersten Mittel entschlossen sei, wenn die Intervention Europa's den Widerstand der Schweiz nicht zu brechen vermöge. Nach den im Jahre 1852 zu London erfolgten Verabredungen ist die preussische Regierung verpflichtet, noch einmal dieses letzte Mittel zur Verständigung zu versuchen. Da jedoch vor Allem die Haltung Frankreichs sowohl wegen seines Einflusses auf die übrigen Großmächte, als wegen seiner Nachbarschaft mit der Schweiz von entscheidendem Gewichte sein wird, so ist vollkommen erklärlich, daß es unserem Kabinett vorzugsweise um eine Verständigung mit dem Kaiserhofe an der Seine zu thun ist. Graf Hatzfeldt erfreut sich dort eines ganz besonderen Vertrauens, welches ihm schon öfter die Mittel bot, unserer Regierung sehr wichtige Dienste zu leisten. Man hofft, daß auch diesmal der gewandte Diplomat sich der Lösung seiner schwierigen Aufgabe gewachsen zeigen wird.

Se näher die Eröffnung des Landtages heranrückt, um so gespannter zeigt sich die Erwartung auf den Inhalt der Thronrede. Man erfährt, daß nach den bisher getroffenen Anordnungen des Königs Majestät in Person den Eröffnungsgast vollziehen (s. gest. Btg.), und grade auf diesen Umstand stützt sich die allgemeine Vermuthung, daß die Thronrede auch einige Eröffnungen über die politische Lage enthalten wird. Natürlich weiß man bis jetzt nur in den höchsten offiziellen Kreisen, in wie weit eine solche Vermuthung begründet ist; doch herrscht im Allgemeinen die Ueberzeugung vor, daß die Regierung eine Aenderung über ihre Stellung zu den orientalischen Verwicklungen und zur Neuenburger Angelegenheit nicht füglich vermeiden könnte, ohne falschen Gerüchten und übertriebenen Besorgnissen Vorschub zu leisten. Soviel bis jetzt verlautet, hält man noch immer die Hoffnung auf Erhaltung des Friedens aufrecht, wenn man auch die Möglichkeit kriegerischer Verwicklungen nicht außer der Berechnung läßt. Wie ich erfahre, wird die Regierung dem Landtage gleich bei Eröffnung der Session die Finanzvorlagen wegen Erhöhung der Staatseinnahmen und den Entwurf eines neuen Gesetzgebungsorgans zur verfassungsmäßigen Beschlußnahme zugehen lassen. — Noch immer ist es zweifelhaft, ob unter den Finanzvorlagen, welche in der bevorstehenden Session zur Verathung kommen sollen, auch eine neue Besteuerung der Eisenbahnunternehmungen Platz finden wird. Das Projekt wird, aller Wahrscheinlichkeit nach, scheitern, da es auf vielseitigen und sehr begründeten Widerspruch gestoßen ist. Eine weitere Belastung des Eisenbahnwesens durch eine Erhöhung des Tarifs für Personen und Güterbeförderung zu Gunsten der Staatskasse würde allerdings dem Verkehr selbst hemmend entgegenwirken und dadurch den Interessen der Privaten und des Staates Nachtheile bereiten, welche mit dem Gewinne der Finanzoperation in keinem richtigen Verhältnisse ständen. Ueberdies ist gegenwärtig schon der Reinertrag der Eisenbahnen ziemlich ansehnlich besteuert. Dagegen unterliegt es keinem Zweifel, daß die Kredit-, Kommandit- und Aktiengesellschaften, welche bisher von einzelnen Individuen ausschließlich ausgeübt wurden, billigerweise zu den Staatslasten herangezogen werden dürfen.

Berlin, 27. Novbr. [Vom Hofe; Stadtverordnetenwahl; Pferdebezug etc.] Se. Maj. der König nahm heut Vormittags die gewöhnlichen Vorträge entgegen und arbeitete alsdann längere Zeit mit dem Kriegsminister; Nachmittags hielt der Ministerpräsident dem Könige Vortrag. Heut Abend wird sich die verwitwete Großherzogin von Mecklenburg-Schwerin am Hofe verabschieden und morgen früh nach Ludwigslust zurückkehren. Der Prinz Friedrich Wilhelm bleibt, wie es heißt, noch bis zum 10. Dezember in London und begibt sich alsdann nach Paris, um an dem dortigen Kaiserhofe etwa 8 Tage lang zum Besuch zu verweilen; der General v. Schredenslein, welcher seither dem Prinzen auf allen seinen Reisen zur Seite stand, wird sich um diese Zeit auch von Münster nach Paris begeben, um Se. K. G. dort zu erwarten. Von Paris geht der Prinz, wie bekannt, später nach Koblenz, feiert dort mit seinen erlauchten Eltern das Weihnachtsfest und kehrt alsdann in ihrer Begleitung Ende Dezember hieher zurück. — Die Ergänzungswahlen der Stadtverordneten sind zum großen Theil jetzt beendet; in den meisten Fällen hat man die alten Mitglieder wieder gewählt, und wo diese ein neues Mandat ablehnten, andere Männer aufgestellt, die aber eben so streng konservativ sind, als die ausgeschiedenen. Ein Wahlkampf hat sich nirgend gezeigt. — Mehrere große Landwirthe haben die Absicht, Pferde vom Percheron-Schlage sich anzuschaffen, da sie von deren Vorzügen überzeugt sind. In diesen Tagen gingen drei dieser Pferde, ein Hengst und zwei Zuchtstuten, nach Zirkle hier durch, die den Beifall der Männer vom Fach hatten. Das landwirthschaftliche Ministerium hat allen Landwirthen, die diesen Pferdebesitz einzuführen wünschen, seine Unterstützung zugesagt. Morgen und übermorgen sind die beiden Monats-sitzungen des Landes-Dekonomiekollegiums. Da der Präsident, Dr. von Besendorff, noch immer krank, und auch der Geheimrath Rette durch

Unwohlsein verhindert ist, den Vorsitz zu übernehmen, so wird der Geheimrath Menzel die Verhandlungen leiten. Dem Vernehmen nach kommt in diesen Sitzungen auch die Frage zur Erörterung, in welcher Weise die „Percherons“ den Landwirthen am Vortheilhaftesten zugänglich gemacht werden können. Das Gutachten des Kollegiums redete der Einführung schon lange das Wort. — Dr. Falkenthal ist, wie man wissen will, der hiesigen Charité übergeben worden.

[Für Theologie-Studirende.] Der Unterrichtsminister hat bestimmt, daß fortan nur diejenigen Studirenden der Theologie, welche auch die Reife im Hebräischen erlangt haben, bei Verleihung der akademischen Benefizien berücksichtigt werden dürfen.

[Berichtigung.] Die „P. G.“ bringt so eben nachstehende Berichtigung: In dem Bericht über die Verhandlungen der kirchl. Konferenz in Nr. 275 der P. G. (Nr. 278 uns. Btg. S. 2, Sp. 1, 3. 11 v. ob.) findet sich ein sinnstörender Druckfehler, auf den wir nachträglich aufmerksam gemacht werden. Es ist dort statt „prinzipiellen“ zu lesen: „provinziellen (agendarischen Bedürfnissen).“

[Die Festungsbauten zu Königsberg.] geben fortwährend einer großen Anzahl von Arbeitern lohnende Beschäftigung; es waren deren in der letzten Zeit im Durchschnitt täglich 1000 dabei verwendet, denen ein Tagelohn von 16—18 Sgr. gezahlt wurde. Außerdem beschäftigte in den Monaten September und Oktober auch der Bau des dortigen Bahnhofs der Ostbahn durchschnittlich 120 Arbeiter und 20 Maurer- und Zimmergesellen, den Tag gegen einen Arbeitslohn von 15 bis 22½ Sgr. Dazu kamen noch die in vielen Kreisen des Regierungsbezirks Königsberg rüstig vorschreitenden Chausseebauten, so daß es den Arbeitern dort überall an Gelegenheit zu Broterwerb nicht fehlt. (P. G.)

[Neue Telegraphen-Apparate.] Aus der hiesigen Telegraphenbauanstalt der H. Siemens und Halske sind in der letzten Zeit Apparate einer neuen Konstruktion hervorgegangen, von welchen man einen wesentlichen Fortschritt des Telegraphenwesens erwartet. Es soll vermittelt derselben die Beförderung der Depeschen schneller und sicherer ausgeführt, und namentlich sollen die lästigen und kostspieligen elektrischen Batterien, welche bisher nöthig waren, ganz vermieden werden. Die damit angestellten Versuche haben ein so günstiges Resultat geliefert, daß die k. bairische Regierung sich bereits entschlossen hat, ihre sämtlichen Eisenbahn- und Telegraphen-Stationen mit Apparaten der neuen Konstruktion zu versehen. Die H. Siemens und Halske sind demzufolge auch in dieser Hinsicht mit Aufträgen so überhäuft, daß in ihrer Fabrik bereits ein Mangel an Arbeitern fühlbar ist.

[Die Synagoge in Jerusalem.] Bekanntlich hatte sich hier zu Anfang dieses Jahres ein Komitee gebildet, um, nach erhaltenem Allerhöchster Genehmigung, eine Gelsammlung zum Bau einer Synagoge in Jerusalem zu veranstalten. Als erste Rate dieser Sammlung, welche Se. Exc. der Herr Ministerpräsident v. Manteuffel mit einer sehr namhaften Spende eröffnete, ist dem königl. preussischen Konsul in Jerusalem, Dr. Rosen, ein Werthpapier von 150 Pf. St. übersandt worden, um durch dessen Vermittelung den Betrag zu Händen des dortigen bauleitenden Komitees gelangen zu lassen. Dem hiesigen Komitee ist nun ein Schreiben des preussischen Konsuls zugegangen, worin derselbe den Empfang und die Weiterbeförderung der Summe bescheinigt, und sich in höchst anerkennender Weise sowohl über das Unternehmen, als auch über die dortige preussisch-jüdische Kolonie auspricht. „Das Geld“, heißt es in dem Briefe, „ist der Bestimmung gemäß zur Tilgung der auf den Bau bestanden Schulden vermandt worden; die genannten Herren (des dortigen Komitees) haben mir bereits eine Anzahl Quittungen zur Ansicht überbracht, welche ich dem auf dem königl. Konsulate deponirten Schuldenverzeichnis entsprechend gefunden habe. Ueberhaupt freut es mich, sagen zu können, daß die preussisch-jüdische Kolonie von Jerusalem sich sowohl durch Rechlichkeit, als auch durch Fleiß und stilles anständiges Betragen vorthellhaft auszeichnet, so daß sie des ihr in der Heimath zu Theil gewordenen Interesses in der That würdig ist. Was den Bau selbst anbelangt, so habe ich denselben wiederholt und noch zuletzt am vorgestrigen Tage besucht. Er nimmt einen großen Platz an dem Nordostabhange des Zion ein; die Synagoge, welche aus dem harten Kalkstein der westlichen Berge von einem griechischen Architekten nach dem Vorbilde der Sophienkirche zu Konstantinopel mit weisfassender, auf vier Bogen ruhender Kuppel aufgeführt wird, dürfte eine Hauptzierde der heiligen Stadt werden und von ihrer Höhe eine der schönsten Rundsichten auf die Umgegend, die Stadt selbst und namentlich den nahen Tempelplatz gewähren. Einige dazu gehörige, uralte Gemölde, deren Bogen in der Fügung der kolossalen Werkstücke eine große Verwandtschaft mit der Substruktion der Alamoosche zeigen, sind auch antiquarisch merkwürdig.“ Schließlich bekundet der königl. preussische Konsul wiederholt sein Interesse an der Sache und die Bereitwilligkeit, derselben fernerhin seine Thätigkeit zuzuwenden.

Potsdam, 27. Novbr. [Ehen zwischen Christen und Juden.] Nach dem Gesetz vom 30. März 1847, und dem Beispiele vieler in Gemäßheit desselben in Berlin und anderen Städten Preußens geschlossenen geselligen Mischehen zwischen Christen und Juden wurde im Laufe der vergangenen Woche auch in Potsdam die erste derartige Ehe zwischen einem allgemein in großer Achtung stehenden, vielbeschäftigten jüdischen Arzte und der Tochter einer angesehenen Kaufmannsfamilie christlichen Glaubens auf dem k. Kreisgericht vollzogen. Es verdient dabei angeführt zu werden, daß das k. Kreisgericht den Uebertritt des christlichen Theils zu einer andern, nichtchristlichen Gemeinschaft, und namentlich zur jüdischen, nicht verlangte, einen solchen Uebertritt, der denn auch nicht erfolgt ist, vielmehr nicht für erforderlich gehalten hat. (Sp. 3.)

Danzig, 25. Nov. [Ein Feuer; Schiffbrücke.] Am 22. Abends, ungefähr um 6 Uhr, wurde von Neufahrwasser aus östlich von Hela auf der See ein ziemlich bedeutendes Feuer gesehen; es schien ein brennendes Schiff zu sein. Nähere Nachrichten fehlen. — Die Novemberrückfälle sind namentlich auf den Schraubendampfern sehr verberlich geworden. So ist in Danzort bei Köslin der Schraubendampfer „William Aldam“, Kapit. Lewis, gestrandet. „William Vessel“, von Danzig nach London bestimmt, ist in der Nordsee untergegangen und „William France“ hat mit genauer Noth unter Verlust der Segel und eines Theils der Ladung Kopenhagen erreicht. (D. D.)

Dirschau, 26. November. [Stromverhältnisse.] In der Weichsel 41 Fuß Seigewasser seit gestern. Das Eis ist zum Stehen gelangt. Schlammes ohne Tragfähigkeit. Der Trajekt geschieht zu Fuß über den fertigen Theil der Siltterbrücke und dann durch den Aufendeich entlang für Briefe zur Tag- und Nachtzeit, für Personen und Gepäck nur bei Tage. — Trajekt über die Nogat per Eisdecke für Fußgänger und Gepäck. (Tel. Dep.)

Glogau, 26. Novbr. [Gerichtliches; Kommunales; Landwirtschaftliches; Diveres.] Am 19. d. M. wurden die am 10. unter Vorsitz des Kreisgerichtsdirektors Laube zu Gubrau begonnene Schwurgerichtssitzungen geschlossen. Besonders nahm das Publikum an mehreren auf Brandstiftung gerichteten Angelegenheiten Interesse; sonst war die Theilnahme im Allgemeinen eine geringe. Von den überhand verhandelten 22 Sachen betrafen 3 vorsätzliche Brandstiftung, 4 Verbrechen gegen die Sittlichkeit, 1 Kindesmord, 2 Urkundenfälschung, 11 schwere Diebstähle und Hehlerei. — Am 29. November finden die Ergänzungs- resp. Ersatzwahlen für 2 in Folge außerordentlicher Umstände ausgeschiedene Stadtverordnete, so wie für das letzte Drittel der jetzt nach gesetzlicher Vorschrift auscheidenden, im Jahre 1851 gewählten Mitglieder dieses Kollegiums statt. Unsere öffentlichen Organe, der „Niederelsche Anzeiger“ und der „Stadt- und Landbote“, bemühen sich um beschleunigten Standpunkt aus der wahlberechtigten Einwohnerschaft die Wichtigkeit dieser Wahl ins Gedächtnis zu rufen, und machen besonders darauf aufmerksam, daß erwartungshäßig binnen Kurzem ein Aufschlag der Kommunalsteuer bevorsteht, welcher besonders thätkräftige Mitglieder wünschenswerth mache. Es ist, wie wohl zu vermuthen, auch hier viel persönliches Interesse im Spiel, da in der That die Theilnahme für die diesmalige Wahl eine prinzipienmäßige in verschiedenster (auch konfessioneller) Hinsicht zu sein scheint; jedenfalls bietet der Wahltag, ein um so größeres Interesse dar, als unter den auscheidenden Mitgliedern der eine die Kommune vielverdienende Vorsteher, Justizrath Wunsch, inbegriffen ist, und somit auf eine Neuwahl bezüglich dieses Amtes erfolgen dürfte. Zum Stellvertreter des Provinzial-Landtagsabgeordneten ward Kaufmann Brisch gewählt. — Die heutige Nummer des „Stadt- und Landboten“ bringt einen umfassenden Bericht des landwirthsch. Vereins über die im Oktober d. J. stattgehabte Produktenschau; es wird darin zwar anerkannt, daß viele einzelne vorzügliche Exemplare produziert, aber bedauert, daß im Ganzen doch nur eine geringe Theilnahme der in hiesiger Gegend zahlreich vertretenen Kultivateure vorzüglicher Pflanzen und Früchte bemerkt worden sei. Prämiiert wurden 26 Produzenten mit 50 Prämiën; besonders auffallend durch Größe und Gewicht waren eine Runkelrübe von 31 Pfund, ein Kürbis von 102 Pfund und zwei Futterrüben von über 4 Fuß Länge. Die zugleich mitgetheilten Resultate des Anbaues von chinesischem Zuckerhirse und Dampswurzel, dessen sich der Vorstehende Hauptmann a. D. Bärthmann zu Klein-Schwerin, besonders angenommen, waren mehr unter als über der Erwartung; besonders hatten sich dem Anbau der Dampswurzel klimatische und Bodenhindernisse entgegengezeigt, so daß man wenigstens für unsere Provinz von dieser Frucht kaum einen Ertrag für die Kartoffel erwarten kann. Es soll jedoch der Versuch noch einige Jahre fortgesetzt werden. — Herr Julius giebt seit vorigem Sonntag mit seinem mechanischen Theater sehr besuchte Vorstellungen.

Königsberg, 25. Novbr. [Holzeinfuhr.] Aufschierweis ist genehmigt, daß die Grenzschleuse bei Santeninken im laufenden Winter zur Einfuhr von Holz, Bau- und Brennholz nach Preußen unter der Bedingung, daß die Vorrichtung geöffnet wird. Die Zollkammern sind deshalb mit der Anweisung versehen. Für die preussischen Grenzbesitzer ist diese Vergünstigung von der größten Bedeutung und muß alljährlich durch den diesseitigen Grenzkommissarius erwirkt werden. (R. S. Z.)

Oesterreich, Wien, 25. Novbr. [Die österreichische Note.] An das dänische Kabinett vom 26. Oktbr. lautet nach der „R. A.“ wie folgt: „Durch unseren Erlaß vom 1. d. M. kennen wir bereits die Mittheilungen, die der k. dänische Bundestagsdeputierte, Hr. v. Bülow, nach Wien überbracht hat, wie die Art und Weise, wie wir uns über deren Inhalt vorläufig über Herrn v. Bülow ausgesprochen haben. Eine näher eingehende Rückantwort haben wir uns bis nach stattgehabtem Einberufen mit dem k. preussischen Hofe vorbehalten. Die nachfolgenden Bemerkungen werden nunmehr unter Ansicht darlegen, in welcher wir uns mit derjenigen des Berliner Kabinetts in allen wesentlichen Punkten beugen. Unter Ausdrücken voller Anerkennung der Herzogthümer hervorgegangen ist, hat die Regierung Sr. Maj. des Königs von Dänemark in den Schriftstücken, die Herr v. Bülow uns mitgetheilt hat, sich die Aufgabe gestellt, uns von dem Anstande des gegen ihre Maßregeln erhobenen Einwendungen zu überzeugen. Auch nach der unbefangenen und sorgfältigsten Prüfung ihrer Ausführungen haben wir uns indessen zu unserem Bedauern außer Stande, den Gang, welchen die k. Regierung bei Einführung des am 2. Oktbr. 1855 verhängten Verfassungsgesetzes für die dänische Monarchie eingehalten hat, als übereinstimmend mit dem am Schluß des Jahres 1851 zwischen den Höfen von Wien und Berlin als Vollmachtträgern des deutschen Bundes einerseits und dem kopenhagener Hofe andererseits getroffenen Vereinbarungen anzuerkennen. Das k. dänische Kabinett beruft sich auf den Umstand, daß die vom deutschen Bunde gebilligte k. Proklamation vom 28. Januar 1852 eine ausdrückliche Zusage, die Stände der einzelnen Landestheile über die Gesamtverfassung der Monarchie betragen zu wollen, nicht enthalte. Es übergeht aber mit Stillschweigen die dieser Proklamation vorausgegangenen Verhandlungen, in welchen Oesterreich und Preußen im Namen des deutschen Bundes die unzweideutige Zusage empfangen, daß die k. dänische Regierung die Stände der Herzogthümer über die Verfassung des Gesamtstaates zu Rathe ziehen werde. Dasselbe Schweigen beobachtet es hinsichtlich der nachfolgenden Verhandlung am Bunde, welche gleichfalls vollkommen außer Zweifel stellt, daß nach dem von Oesterreich und Preußen dem Bunde empfohlenen und von diesem gut geheißenen Abkommen, der Art. 56, der Wiener Schlußakte volle Anwendung auf die wieder in's Leben gerufenen Provinzialverfassungen Holsteins und Lauenburgs finden solle. Diese Verfassungen konnten, diesem allgemeinen Grundsatze der Bundesverträge zufolge, nicht anders als auf verfassungsmäßigem Wege abgeändert, sie konnten zufolge einer ausdrücklichen von Dänemark gegen die deutschen Mächte eingegangenen Verpflichtung nicht anders als durch Befragung der Provinzialstände in den neuen politischen Organismus der Monarchie eingefügt werden. Da über diese formellen Bedingungen der Erlaß des Verfassungsgesetzes vom 2. Oktbr. 1855 hinweggegangen worden ist, so wird auf dem Standpunkte des deutschen Bundes um so weniger die Frage ohne Weiteres gestellt werden können, ob dieses Gesetz materiell dem Geiste der Vereinbarungen vom Dezember 1851 und besonders der Zusage, daß durch die Gesamtverfassung der Monarchie keinem einzelnen Landestheile im Verhältnis zu den anderen eine untergeordnete Stellung angewiesen werden solle, in allen seinen Bestimmungen vollkommen entspreche.“ (S. 43) und

Was ferner die Domänen-Angelegenheit betrifft, welche nur einen einzelnen, wenngleich schon an sich erheblichen Theil der schwedischen Frage bildet, so hat die k. dänische Regierung es zwar für einen Irrthum erklärt, daß die Verfügung der Domänen unter der Herrschaft der älteren Staats-Einrichtungen als eine Angelegenheit der einzelnen Landestheile behandelt worden sei. Wir müssen uns jedoch erlauben, darauf aufmerksam zu machen, daß sie hiedurch den betreffenden Bemerkungen der deutschen Höfe die Basis nicht entzogen hat, da diese Bemerkungen, wenn nicht in den früheren Verfassungszuständen der Monarchie, doch jedenfalls in dem mehrgedachten Abkommen von 1851 und der k. Proklamation vom 28. Januar 1852 ihren Grund finden, nach welcher in der künftigen Verfassung des Gesamtstaates die Domänenfachen in den Wirkungskreis der Ministerien der einzelnen Landestheile eingelegt werden sollten. War es zur Zeit der früheren provinzialständischen Verfassungen der Monarchie der Landesherr allein, welcher in dem ihm beliebigen Formen über das Krongut in allen seinem Scepter unterworfenen Landen zu verfügen hatte, so konnten die Unterthanen in dem Vertrauen und der Ehrerbietung, welche der Wille des angestammten Fürsten einflößte, eine Verhütung schloßen, wie sie den Angehörigen der Herzogthümer wohl nicht in gleichem Grade durch die parlamentarischen Befugnisse einer Versammlung gewährt werden kann, in welcher die Vertreter der anderen Landestheile die Mehrheit bilden. Das kaiserl. Kabinett (wir haben dies bereits ausgesprochen) ist weit entfernt, die großen Schwierigkeiten zu verkennen, unter deren Einfluß die k. dänische Regierung den Ansprüchen des Reichstages des eigentlichen Königreichs Dänemark gegenüber in dieser verwickelten Angelegenheit gehandelt hat. Aber wir vermögen keinem Zweifel daran Raum zu geben, daß der Hof von Kopenhagen, ungeachtet dieser Schwierigkeiten, Verpflichtungen völlerrechtlicher Art Genüge zu leisten wissen wird, und daß er den aufrichtigen Wunsch hegt, den neubegründeten Verfassungszustand der Monarchie auch in seinen Beziehungen zum deutschen Bunde vor jedem gerechten Einwande sicher zu stellen. Bereits hat er uns seines ersten Vertheibers vertheidigt, den entstandenen Besorgnissen nach Möglichkeit zu begegnen. Die Depesche des Herrn Ministers v. Schell beruft sich in dieser Hinsicht auf das königliche Patent vom 23. Juni d. J., wonach in Zukunft keine neuen Bestimmungen darüber, welche Angelegenheiten als gemeinschaftliche der Monarchie und welche als besondere der einzelnen Landestheile zu behandeln seien, ohne Einwilligung der betreffenden Ständeverfassungen erlassen werden sollen, und sie erklärt, was den Punkt wegen der Domänen betrifft, daß die königliche Regierung beabsichtige, dem nächsten Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach welchem es künftig in dieser Körperschaft zur Genehmigung von Domänenübertragungen einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen bedürfen soll. Wird aber das hiedurch Gebotene, auch wenn es der Sache nach als vollkommen genügend anzunehmen wäre, eine gründliche Heilung des formellen, an der gegenwärtigen Gesamtverfassung haftenden Mangels erziehen können? Wir müssen es bezweifeln, und unsere Erwägungen können uns daher nur zu dem Resultate führen, daß die Verhandlung mit den Provinzialständen der Herzogthümer über die gemeinschaftliche Verfassung der Monarchie noch jetzt das sicherste Mittel sein würde, einen festen Abschluß des Baues dieser Verfassung auf den gegebenen und allseitig anerkannten Grundlagen herbeizuführen. Auf diesem Wege sollte, wie es uns scheint, das Ziel einer betriebenden Lösung der vorhandenen Verwickelungen faum verfehlt werden können, da einerseits die k. Regierung die Gelegenheit zu einzelnen Modifikationen des Verfassungsgesetzes von 1855 zu erkennen giebt, und andererseits die Mitglieder der Opposition im Reichsrathe der Monarchie lauter erklärt haben, sich mit der Regierung auf demselben Boden der durch die königliche Proklamation vom Januar 1852 verhängten Programms der Gesamtverfassung zu befinden und nur die nach allen Seiten hin gleich gerechte Ausführung dieses Programms anzustreben. Es folgt aber endlich aus unseren obigen Bemerkungen, daß in dem Falle, wenn der kopenhagener Hof in der gegenwärtigen Lage der Dinge es offenkundig nicht mehr thutlich finde, das so eben bezeichnete Verfahren aus eigener Initiative einzuschlagen, wie die Höfe von Wien und Berlin, die für den deutschen Bund das Abkommen, dessen Ausführung in Frage steht, unterhandelt haben, für berufen erachtet müßten, der Bundesversammlung zur Wahrung des Standpunktes Anlaß zu geben, den sie in dieser Angelegenheit nach Maßgabe der Bundesgesetze und der Zusicherungen der k. dänischen Regierung einnimmt. Ehe wir schließen, glauben wir, eine besallige Bemerkung des k. preussischen Hofes uns aneignend, nach des Umstandes Erwähnung thun zu sollen, daß das Geschäft der Regulierung der holländischen Grenze seither noch unerledigt geblieben ist, und daß auch dieser Gegenstand, als mit der Verfassungsfrage im Zusammenhange stehend, uns geeignet zu sein scheint, zwischen den Interessenten alsbald wieder aufgenommen zu werden. — Wir wollen dem k. dänischen Herrn Minister der auswärtigen Angelegenheiten von vorstehendem Erlaß gefällige Mittheilung machen und Sr. Excellenz um eine baldige gefällige Rückantwort ersuchen. Wuol.

Somit liegt nun vor, wie beide deutsche Großmächte sich gegen die dänische Regierung geäußert haben. Zunächst ist nun die dänische Antwort abzuwarten.

[Der türkische Ministerwechsel.] Die „Ost. Post“ berichtet den Wechsel im türkischen Ministerium in folgender Weise: Ein Gerücht, welches gestern und heute im Umlauf, meldet, daß Ali Pascha, dessen Wiedereintritt in das türkische Ministerium wir als ein erfreuliches Ereigniß signalisirt, das übernommene Portefeuille wieder niedergelegt hat. Wir müssen hinzufügen, daß diese Meldung von verschiedenen Seiten so positiv wiederholt wird, daß wir an der Richtigkeit der Thatsache kaum mehr zweifeln dürfen. Es ist dies eine Nachricht, deren Ernst wir keineswegs unterschätzen wollen. Die Ministerveränderungen in Konstantinopel sind in den letzten Jahren so häufig geworden, daß das oberflächliche Publikum gleichgültig gegen ein solches Ereigniß geworden ist. Die gegenwärtige Ministerkrise ist aber von einer großen und weittragenden Bedeutung. Bei den geschehenen Veränderungen, in welchen sich die Mächte des Bündnisses einander gegenüber befinden, bei der Unsicherheit der Alliierten und dem Vorliegen neuer Interessen und Gruppierungen ist die Thatsache wieder zum Mittelpunkt des diplomatischen Schauplatzes geworden. Rußland und Frankreich stellten in einer gleichlautenden Note an die Regierung des Sultans die Forderung, sie solle die Räumung des Schwarzen Meeres und der Küstentümer von England und Oesterreich verlangen, nachdem der jehomonarchische Termin abgelaufen sei. Die beiden letzten Mächte, jede für sich, haben die Gesichtspunkte zur Geltung gebracht, daß der im Friedensvertrag festgesetzte Termin die Erfüllung und den Vollzug aller seiner Bestimmungen Seitens Rußlands voraussetze, während diese Macht zwei wesentliche Punkte verweigere. Das Ministerium der Posten unter Mehmed Ali Pascha hat diesem Konflikte gegenüber folgende Stellung angenommen: In dem Prinzipie stand es auf österreichischer Seite, in der Ausführung dagegen schwankte es; Fund Pascha, der Minister des Auswärtigen, Einflüssen zugänglich, von welchen der Charakter Ali Paschas sich fern hält, hätte trotz des anerkannten Prinzipiums Rußland gern zu Willen gelassen. Der Großvezir Ali lehnte die zugeworfene Aufforderung an Oesterreich und England ab; vom Geiste der Vermittelung beseelt, glaubte er jedoch in dem Zusammentritt einer neuen Konferenz in Paris eine Lösung der Schwierigkeiten zu finden. In der Räumungsfrage mit Oesterreich einverstanden, in der Konferenzfrage dem Wunsch Frankreichs zugehörig, nahm er eine Mittelstellung ein, die ihm das Vertrauen beider Mächte erhielt. Anders Lord Russell. Dem Naturell dieses greisen Mannes ist jede Mittelstellung zuwider, er will keinen Mann und ausschließlich den seinen. Noorrit dans le Serail! en con-nait les détours! Am Tage, wo dem Sultan der Orden des Hohenstauns feierlich überreicht wurde, vernahm die gesamte diplomatische Welt Paris mit Erstaunen die Nachricht, daß Reschid, statt Ali, als Großvezir bei der Cerimonie fungirt habe. Die Empfindungen des Herrn v. Bülow sind begreiflich; dem verletzten Gefühl der französischen Regierung hat die Pariser Presse nur halbe Worte leihen dürfen, um den „Chec“, nicht in's Relief zu stellen. Was Oesterreich betrifft, obgleich in den Hauptfragen mit England einverstanden, lag und liegt ihm doch der Wunsch fern, Frankreich verletzt zu sehen. Die vermittelnde Richtung Ali Paschas liegt bei der Erwartung zu, daß die Gegensätze nicht ausarten und die Konflikte nicht zu schneidenden werden. Von diesem Gesichtspunkte lassen sich die Bemühungen des österreichischen Zuträgnisses erklären, Ali zum Eintritt in das gegenwärtige Kabinett und zur Uebernahme des auswärtigen Amtes zu bewegen. Wir geben diese Geschichte der türkischen Ministerkrise in objektiver sachgetreuer Schilderung. Wir haben die telegraphische Meldung von vorstehendem: Ali ist Minister des Auswärtigen, als ein erfreuliches, weil konjunktionsreiches Ereigniß begrüßt; wir gehen heute eben so unerbötlich, daß sein Eintritt eine peinliche Empfindung bei uns hervorruft. Ist das Programm Reschids zu rechtlich, um sich ihm anschließen zu können? Ist es ein Gefühl persönlicher Hintansetzung, was ihm die neue Stellung verleidet, oder hat ihm das Programm Reschids zu weitgehend erschienen, um sich daran zu betheiligen? Ueber dies Alles aber steht uns zur Stunde jeder Fingerzeig. Ist es doch auch möglich, daß

so gut wie die heutige Nachricht die vorgestrichene aufhebt, morgen wieder eine Depesche eintrifft, welche die heutige paralytirt. In der Luft von Konstantinopel weht auf jedem Morgen eine neue Intrigue zur Blüthe. Die Ministerkrise ist noch nicht zu Ende, und wir weiß, welche Gefährungen sie noch gewinnt! In der schwülen Luft des Serails hat jede Intrigue einen Blüthentag, und wenn die eine sich abblättert, steht neugefüllt eine andere neben ihr auf!

[Geistl. Konferenz; Störung des telegraphischen Verkehrs.] Heute früh um 9 Uhr versammelten sich in dem großen Saale des erzbischöflichen Palais das Metropolitan-Kapitel, die sämtlichen Pfarrer Wiens und die Dekane der Wiener Diözese, um dem Vernehmen nach eine Beratung in Betreff des am 2. Januar k. J. in Wirksamkeit tretenden Ehegesetzes zu pflegen. Die Beratungen werden in den nächsten Tagen fortgesetzt. — Seit vorgestern findet eine fast ununterbrochene Störung des telegraphischen Verkehrs statt; in Folge dessen manche Depeschen streckenweise mit teils Post hierher befördert werden mußten. Der Sturm scheint im größten Theile des mittleren und nördlichen Europa gehaust zu haben; die kaum aufgerichteten Stangen wurden hier und dort bald wieder von den Stößen des Windes umgeworfen. Unter solchen Umständen konnten weder telegraphische Nachrichten noch Kurse mit der früheren Regelmäßigkeit, die mit besserer Bitterung sich jedenfalls wieder einstellen wird, hierher gelangen. Bloß auf den südlichen Linien waren diese Störungen minder bemerkbar.

Leipzig, 16. Novbr. [Stipendien.] Der Statthalter von Galizien, Graf Goluchowski, hat viele theils besrittene, theils in Vergeffenheit gerathene, theils rückständige Fonds zur Unterstützung der lernenden Jugend wieder flüssig gemacht und dadurch die in Galizien vorhandene Anzahl von Stipendien bedeutend vermehrt. Es ist dies eine in der Geschichte der Bildung unserer Provinz höchst interessante und wichtige Thatsache. Die Stipendienfonds Galiziens betragen gegenwärtig jährlich 33,000 rhein. Gulden und es ist Aussicht vorhanden, daß durch die Bemühungen des Grafen Goluchowski diese Summe noch bedeutend erhöht werden wird. Die Zahl der Stipendiaten beträgt 240, darunter nur 115 von Adel. Die Höhe der Stipendien ist 250, 200, 150 und 100 fl.

Venedig, 25. November. [Ihre Majestäten.] Sind heute 4 1/2 Uhr Nachmittags im besten Wohlsein hier eingetroffen und von der Bevölkerung mit lebhaftem Jubel empfangen worden.

München, 24. Novbr. [Post-Zeitungs-Spedition.] Aus Anlaß einzelner zur Kenntniß der Generaldirektion der Postanstalten gelangten Unregelmäßigkeiten in der Expedition der Zeitungen ist den k. Postanstalten die unterm 15. Novbr. 1854 erlassene Ausschreibung in bezeichneter Betreff neuerdings zur pünktlichen Darachachtung in Erinnerung gebracht worden. Gleichzeitig fügte die Generaldirektion zur Warnung sämtlicher k. Postanstalten folgende ernste und wichtige Bestimmungen bei: „1) Jede fernere, der unterfertigten Stelle zukommende, entsprechend belegte Beschwerde wegen unterbliebener oder verzögerter Ausführung einer von den Abonnenten bei der Postordnungsgemäß nachgelassener Zeitungsbestellung, hat die unausbleibliche Folge, daß dem Beschwerdeführer unverzüglich die betreffende Zeitschrift auf die ganze Dauer der Abonnementsperiode, für welche die Bestellung nicht rechtzeitig ausgeführt worden ist, für Rechnung der säumigen Postanstalt zugewendet wird, und der Abonnementsbetrag für letztere Zufunden auf der schuldigen Expedition auch in dem Falle haften bleibt, wenn inzwischen während des Laufes der Beschwerde die Bestellung bereits sollte ausgeführt worden sein. 2) Außer der Ueberbürdung des betreffenden Abonnementsbetrages hat die säumige Expedition nach Umständen auch noch eine Ordnungsstrafe bis zu 5 fl. zu gewärtigen. 3) Als säumig wird hierbei insoweit, als nicht durch die nachfolgende Recherche das Gegentheil erwiesen wird, diejenige Expedition präsumirt, bei welcher der Abonnementsbetrag erlegt worden ist, und haben daher sämtliche Postanstalten in ihrem eigenen Interesse sorgfältig darauf zu achten, daß alle auf die Zeitungs-Expedition, Abonnementsbestellung zc. bezüglichen Korrespondenzen nach Maßgabe der vorliegenden Ausschreibung Absatz IV. unter Rekommandation abgefertigt und dabei in den Briefkarten zum Nachweis der Identität mit der treffenden Nummer des Geschäfts-journals in Vorrag gebracht werden.“

Hannover, 24. Nov. [Eisenbahnunfall.] Am 19. d. stießen bei Harrem Nebel zwei Eisenbahnzüge bei der Station Gschede so heftig aufeinander, daß 19 Wagen zertrümmert oder beschädigt wurden. Glücklicherweise ist bei diesem sehr erheblichen Verluste ein Menschenleben nicht zu beklagen.

Sachsen, Leipzig, 26. November. [Dr. Bruß und der Schillerverein; Hagelwetter.] Die Rede, welche Professor Dr. Bruß aus Halle am 11. November bei der hiesigen Schillerfeier hielt, erinnerte so sehr an die Reden der Jahre 1848 und 1849, daß sich die Polizeibehörde veranlaßt sah, den Vorstand des Schillervereins zu bedeuten, daß bei Wiederholungen derartiger Ausschreitungen die Auflösung des Schillervereins erfolgen werde. Dem Dr. Bruß ist die Weisung zugewungen, sich des öffentlichen Sprechens in Sachsen für die Zukunft zu enthalten, und wurde ihm für die Uebertretung dieser Anordnung sofortige Verhaftung und Wegweisung angedroht. Am 23. d. fand zwischen Leipzig und Eilen ein Hagelwetter statt, eine in dieser Jahreszeit ungewöhnliche Erscheinung.

Großbritannien und Irland.

London, 25. November. [Seesturm; der Gesandte in Wien.] An der englischen und schottischen Küste wüthete in der vorigen Woche ein furchtbarer Sturm. In dem Hafen von Leith kamen am Sonnabend und Sonntag neun Dampfer an, die sich sämtlich um eine Woche verspätet hatten. Eines der erwarteten Schiffe, der neue schöne Schraubendampfer „Roslyn“ jedoch, welcher am 24. Okt. nach Leith segelte, von dort am 8. November die Rückfahrt nach Leith antrat und im gewöhnlichen Laufe der Dinge am 12. November dabeist eingetroffen sein würde, ist ausgeblieben und man vermuthet, daß er verunglückt sei. — Der „Globe“ schreibt: Die Nachricht, daß Sir Hamilton Seymour, unser Gesandter in Wien, den Kaiser von Oesterreich auf seiner Reise nach Italien begleiten werde, ist, so viel wir wissen, ungegründet.

Frankreich.

Paris, 24. Novbr. [Die franz. Politik.] Die plötzliche Abdanlung des zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten ernannten Ali Pascha ist noch ein Räthsel; allein man schließt daraus, daß die Schwierigkeiten im Osten dem doch nicht so gering seien, als man dies nach den letzten Berichten geglaubt hatte. Die Sprache der englischen Regierung und die Anspielungen auf die Schicksale der Regierungen, welche mit England verbunden haben, machten einen Eindruck auf den Hof, der doch immer nicht vermisst ist. Man ist tief verlegt; aber wie es scheint, hat der Kon, den die „Norddeutsche Post“ anschlägt (i. ob.), welche gewissermaßen als das Organ des Grafen Buol betrachtet wird, noch übler gestimmt. Oesterreich von der Verringerung Frankreichs reden zu hören, ist allerdings demüthigend genug. Gewiß hat die Fundgebung der öffent-

ischen Meinung in England und in Deutschland dennoch; denn die französische Regierung erinnert sich, daß ihr Haupt der vorzüglichste Bürger für die strenge Ausführung des Friedensvertrages sein sollte. Die Politik des hiesigen Kabinetts hat auch eine Wendung nach dieser Richtung bekommen, trotz des allwissenden X, das mit seinen diplomatischen Wankelschritten aus der „Indep. Belge“ in die „Presse Belge“ ausgewandert ist und nun behauptet, es sei gar keine Veränderung notwendig gewesen und vor sich gegangen. (R. 3.)

Die Regierung und die „Presse“; die Bank; Prinz Friedrich Wilhelm von Preußen. Die Regierung hat gegen die Veräußerung der „Presse“ Einspruch gethan. Nicht daß sie die Verfügung des Hrn. Girardin über seine Aktien hindern will, sie will nur verhindern, daß eine der mächtigsten Journale in unrechte Hände gerathe. Hr. Milhaud ist ein Freund, man sagt ein Günstling des gegenwärtigen Regimes, allein die Regierung traut allen Anderen eher, als ihren Protegés. Sie kennt den Preis, welchen die Erwerbung solcher Freunde kostet, und sagt sich, daß diese Freundschaft eine Waare ist, die dem Meistbietenden zufällt. Größere Garantien bietet Hr. Cohen vom „Pays“. Man hat ihm 100,000 Fr. gegeben, damit er sich an der „Presse“ beteilige. Er steht nun mit Hrn. Milhaud als Gleichberechtigter im Bureau des Journals, und wenn jener sich die Redaktion vorbehalten hat, so wird die Regierung dafür Sorge tragen, daß Hr. Cohen nicht ohne Einfluß bleibe. Ueber die Bank von Frankreich lauten die Nachrichten sehr günstig. Hr. Solovvort hat sich in den letzten 8 Tagen, wie man versichert, um mehr als 6 Millionen vermehrt, und die Reformpläne nehmen zu en Fortgang. — Man hatte hier einen Besuch des jungen preussischen Prinzen angekündigt, der in London ein neues Band zwischen dem englischen Königshause und dem preussischen geknüpft hat. Es hieß, der Besuch sei sehr nahe und werde noch in den letzten Tagen d. M. eintreten. Heute erfährt man, daß, wenn der Prinz überhaupt sich zur Reise hieher entschließen sollte (vgl. oben die Berl. (Korr. d. Red.), dies etwa um die Mitte des Dezember geschehen werde. (W. 3.)

Frankosen und Engländer; Staats-Versicherungsanstalt; gegen Beschränkung des Zinsfußes. Nach Berichten aus Ajaccio herrscht dort zwischen den französischen und englischen Seeoffizieren das herrlichste Einvernehmen, das sich besonders bei einem Dinner kund gab, wozu die städtischen Behörden den Admiral Dundas und seine Offiziere eingeladen hatten. — Im Ackerbau- und Handelsministerium wird gegenwärtig der Plan einer Staats-Versicherungsanstalt gegen Ueberschwemmungen, Hagel und Viehsuchen ausgearbeitet. — Die Mehrheit der Ehrender Handelskammer hat beschlossen, bei der Regierung die Aufhebung aller Beschränkungen des Zinsfußes zu beantragen. (W. 3.)

Belgien.

Brüssel, 24. Novbr. [Der Minister des Innern und Herr Laurent.] Man veröffentlicht jetzt die Korrespondenz zwischen dem Minister des Innern und dem Rektor der Universität Gent. Der Minister hat dem Rektor Lesebore am 2. August geschrieben und dabei bemerkt, Hr. Laurent, Professor in der juristischen Fakultät in Gent, habe ein Buch herausgegeben, in welchem offenkundig Lehren ausgesprochen wurden, welche die Grundlagen des Christenthums umstürzten. Es könne nicht geduldet werden, daß ein Lehrer an einer Staatsuniversität den Glauben der Mehrzahl der Belgier in solcher Weise angreife. Er müsse deshalb den Tadel über eine Schrift aussprechen, welche der Universität das Vertrauen der Familien und die Achtung des Auslandes rauben würde. Der Minister forderte zugleich den Rektor auf, die Vorlesungen dieses Professors auf das Strengste überwachen zu lassen, damit die Regierung, wenn in denselben mittelbare oder unmittelbare ähnliche Lehren ausgesprochen würden, weitere Maßregeln treffen könne. Der Professor Laurent schrieb darauf am 6. August an den Rektor, daß die Regierung unmöglich das Recht haben könne, in einem Staate, der nicht Eins mit der Religion sei, in religiöse Debatten eingzugreifen. Jeder Beamte habe deshalb die Freiheit, sich nach seinen Ansichten auszupressen. In seinen Vorlesungen lehre er das Christenthum, und habe keine Gelegenheit von der Religion zu reden, und sein Buch könne der Universität nicht schaden, weil man dieselbe nicht für die religiösen Lehren eines einzelnen Professors verantwortlich machen könne.

[Die Universitäten; die Unterrichtsfrage; Arbeiterwohnungen.] In der heutigen Sitzung der Repräsentantenkammer legte der Minister des Innern die von Hrn. Dumortier geforderten statistischen Ausweise über die Lage der vier Universitäten des Landes vor. Die Landesuniversität zu Gent zählte am 10. Novbr. 1855 313 Besucher, am 10. Nov. d. J. 283; seit diesem Datum haben jedoch neuerdings 11 Einschreibungen stattgefunden; die Gesamtzahl der diesjährigen Zöglinge beträgt also bis heute 294. Die kaiserliche Landesuniversität besaß im vergangenen Schuljahre 509 und zählt im diesjährigen 622 Zöglinge. Die freie Universität zu Brüssel hatte im vergangenen Jahre 341 Besucher, in diesem Jahre zählt sie deren 367. Die kathol. Universität zu Löwen zählte im vorigen Jahre 631 Schüler und wird gegenwärtig von 638 besucht. — Die Verhandlung des Adressparagraphe über den öffentlichen Unterricht dauerte heute fort. Der Abbe de Haere suchte in einer einstündigen Rede Hrn. Frère zu widerlegen. Dasselbe that mit gewaltigem Ungestüm Hr. Dumortier, welcher seine Rede mit den Worten schloß: „Wir müssen uns vereinen, um das Vaterland zu retten.“ Derselbe Redner interpellirte die Linke in Bezug auf einige Briefe, welche E. Sue vor Kurzem im hiesigen „National“ veröffentlicht hat, in folgender Weise: „Erfennen Sie die Prinzipien dieses Mannes, den Sie mit Ehrenbezeugungen überhäuft, als die Ihrigen an? Ja oder nein! Antworten Sie!“ Und als die Linke mit einem schallenden Gelächter antwortete, rief er aus: „Ja, ha! Sie lachen. Ja wohl, das ist leichter, als antworten!“ Man ist heute noch nicht zum Beschlusse gekommen und die Fortsetzung der Debatte ward auf morgen vertagt. — Es hat sich hier ein Comité zur Errichtung von Arbeiterwohnungen gebildet, wie dieselben von dem Wohlthätigkeitskongresse befürwortet worden sind. (R. 3.)

Schweiz.

Bern, 23. Novbr. [Die Neuenburger Frage.] Von der Bundeskanzlei wird zur Veröffentlichung mitgetheilt, daß seit den ersten Schritten der Gesandten von Frankreich, Oesterreich und Rußland zur Unterstützung des Begehrens um Freilassung der Gefangenen folgende neue Verhandlungen über die Neuenburger Frage stattgefunden haben. Der preussische Gesandte, Herr v. Sydow, machte am 18. d. M. dem Bundespräsidenten folgende (im Wesentlichen bereits mitgetheilte) mündliche Eröffnung: „Se. Majestät der König verlange die vorgängige und bedingungslose Freilassung der Gefangenen in Neuenburg, worunter Sicherstellung ihrer Person und ihres Eigenthums verstanden sei. Wenn diese Freilassung erfolgt, sei der König zu Unterhandlungen bereit. Se. Majestät hoffe um so eher die Erfüllung des Begehrens, als Sie durch Nichtverfolgung ihrer Rechte seit 1848 eine große Mäßigung bewiesen haben. Sollte von Seiten der schweizerischen Bundesbehörde dem Begeh-

ren nicht entsprochen werden, so müsse Se. Majestät sich weitere Entschlüsse vorbehalten.“ Bekanntlich unterstützten die Gesandten von Oesterreich, Bayern und Baden Namens des deutschen Bundes das Begehren mit allem Nachdruck. Unter dem 22. d. M. eröffnete der Bundespräsident, in Folge einstimmigen Beschlusses des Bundesrathes, dem preussischen Gesandten folgende Antwort mündlich: „In das von Se. Majestät dem Könige gestellte Begehren um bedingungslose und vorgängige Freilassung der Gefangenen könne der Bundesrath nicht eingehen. Im Uebrigen sei auch er bereit, zur friedlichen Lösung des auf Neuenburg bezüglichen Konfliktes in Unterhandlung zu treten.“ Auch den Gesandten von Oesterreich, Bayern und Baden gab der Bundespräsident von dieser Antwort mündlich Kenntniß. Ueber die Mission des Generals Dufour an den Kaiser der Franzosen, zu welcher der Bundesrath, „aus besonderer Veranlassung sich Bewogen sah“, wird mitgetheilt, daß die Instruktion des Herrn Dufour vorzüglich dahin ging, dem Kaiser der Franzosen die nöthigen Aufklärungen zu geben über die oberschwebende Frage und warum die Schweiz in eine unbedingte Amnestie der Gefangenen nicht eintreten könne. Was den Prozeß selbst betrifft, so gehen die Verhandlungen der Justiz ihren Gang; die Akten liegen bei der Generalanwaltschaft zur Ausarbeitung der Anträge an die Anklagekammer vor. (R. 3.)

Italien.

Rom, 17. Nov. [Der Unterrichtsminister] Kardinal Santucci ward zum Minister des Unterrichts ernannt, und sein Vorgänger im Amte, Kardinal Brunelli, ging in sein Bisthum Orino und Cingoli ab. Die Unterhandlungen über das Konkordat mit Baden führt diesseits einseitig die Kongregation für außerordentliche kirchliche Angelegenheiten. Daß nicht Kardinal Gaudel Chef des Studienwesens geworden, wird als ein Sieg derer angesehen, welche dem Dominikanerorden, dem er angehört, jenen Einfluß auf den Unterricht nicht einräumen möchten, wie ihn heute der Orden der Jesuiten ausübt. (R. 3.)

Spanien.

Madrid, 24. November. [Tel. Dep.] Mehrere Justizbeamte sind abgesetzt worden. — Der Preis des Brotes steigt fortwährend. — Die Regierung hat mehrere Waffen-Niederlagen in Beschlag nehmen lassen. — Es ist falsch, daß Gonzales Bravo auf die Wolschaft zu London verzichtet. — Die Regierung macht große Ankäufe von Getreide und Mehl. (R. 3.)

Rußland und Polen.

Petersburg, 19. Novbr. [Fürst Potemkin.] Einem an den „Moniteur de l'Armée“ gerichteten Schreiben aus Kischeneff entnehmen wir Folgendes: „Ungefähr eine Werst von Bender erhebt sich an der Landstraße ein Felsen, an dessen Untertheil man eine weite Höhlung bemerkt. Oberhalb des Einganges dieser Grotte wurde vor Kurzem ein weißes Marmorkreuz angebracht und am Fuße dieses Kreuzes liest man auf einer schwarzen Marmortafel folgende (russische) Inschrift: „An dieser Stelle hauchte Gregor Alexandrowitsch, Fürst Potemkin, erster Minister der Kaiserin Katharina und Feldmarschall ihrer Armeen, den letzten Athem aus, am 9. Septbr. 1791. Er besiegte die Türken, vergrößerte Rußland, bereit für ihn.“ Die Geschichte des Todes dieses berühmten Mannes ist unbekannt. Den russischen Hof verließ Potemkin zum letzten Male 1791. Zu Bender, wo sein Generalquartier war, angekommen, erfuhr er, daß, was er bereits ahnte, ein neuer Günstling, Platon Zoulow, ihn im Herzen der Kaiserin ersetzt habe. Nach einigen Tagen war er verschwunden, und man fand seinen entseelten Körper in der erwähnten Grotte, an deren Eingang sein Pferd stand. Die Art seines Todes kennt nur Gott; doch glaubt man, daß er sich aus Kummer vergiftet habe.“

Warschau, 22. Nov. [Katholische Bischöfe.] Der Kaiser hat den römisch-katholischen Bischof von Wilna, Wenzeslas Schilling, zum Erzbischof von Mohilew und zum Metropoliten aller katholischen Kirchen im Kaiserreiche, so wie zum Präsidenten des römisch-katholischen geistlichen Kollegiums, und den Prälaten von Wilna, Vincenz Lipski, zum Bischof-Suffraganeus von der römisch-katholischen Provinz in Sibirien ernannt.

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 20. Nov. [Der Jahrestag der Vereinigung Norwegens mit Schweden.] Der 4. November, der Vereinigungstag Norwegens mit Schweden, ist bis jetzt von den Norwegern, wenn nicht geradezu mit Scheelen, so doch keineswegs mit freundlichen Augen betrachtet worden; in diesem Jahre ist er aber nicht nur in Christiania, sondern überall mit einer Begeisterung gefeiert worden, wie sich deren ein Nationalfest selten zu erfreuen haben möchte. „Der Vereinigungsgedanke ist das wichtigste Lebensprinzip in dem Wesen der Völker des skandinavischen Nordens geworden.“ Alle Zeitungsblätter im Norden und bei uns sind mit den lebhaftesten Schilderungen der Feierlichkeiten und mit den verschiedensten Reden und Trinksprachen gefüllt, unter denen sich besonders die des Professors Monrad auszeichnen. In Bezug auf das Familienleben der skandinavischen Reiche äußerte er unter Anderem, daß es dann erst seine Vollendung erreicht haben werde, wenn die beiden Brüder zugleich mit der dänischen Schwester vereinigt worden, um nicht nur ihr Leben zu verheirathen, sondern auch, wenn es gilt, zusammen in den ersten Kampf zu ziehen. (R. 3.)

Türkei.

Konstantinopel, 15. Novbr. [Die Lage Persiens und Lord Redcliffe's Manöver.] Soweit dies von hier aus heurtheilt werden kann, scheint der Schach sich nur wenig beunruhigt durch die Expedition nach dem persischen Meerbusen zu fühlen. Vender-Buchir ist nur eine Persien ganz gleichgültige Ruine, und die Engländer können diese nehmen, wenn es ihnen beliebt. Eine Expedition in das Innere hingegen wäre eine wahrhaftige Thorheit, die man lieber bezahlen könnte. Persien, die Persien vollkommen genau kennen, behaupten, daß die Gebirge, welche das Land im Norden des persischen Meerbusens beschützen, geradezu unübersteigbar seien. Tausend Persier vermögen daselbst 10,000 Engländer aufzuhalten, welche sich außer Stand befänden, Artillerie und Lebensmittel mit sich zu führen. In Persien durch den Hafen von Drumuz einzufallen, bietet dieselben Schwierigkeiten dar; über Afghanistan ist der Ueberfall eben so unmöglich. Ich kann Ihnen in Bezug auf die persische Angelegenheit folgende Thatsache verbürgen, welche Ihnen einen Begriff von Lord Redcliffe's Handlungsweise giebt. Er hat Ferut Khan, den persischen Bevollmächtigten, fragen lassen, ob er wirklich mit unumkehrlichen Vollmachten versehen sei. Der Khan antwortete bejahend und fügte hinzu, daß er sich glücklich schätzen würde, seine Mission zu vollbringen, und bereit sei, die Eröffnungen anzuhören, welche dieser Schritt des englischen Gesandten ankündigen werde, und daß er jede Bedingung annehmen wolle, die im Einklange mit der Würde und den Interessen

seiner Regierung stände. Erathen Sie, was Lord Stratford de Redcliffe hierauf geisthaft. Er sandte dem persischen Gesandten eine Urkunde zur Unterzeichnung, in welcher gesagt wird, daß er, Ferut Khan, kraft seiner Vollmachten und um dem Zwielpalt zwischen den Kabinetten von London und Teheran ein Ende zu machen, die von England festgesetzten Bedingungen annehmen wolle. Keine einzige dieser Bedingungen aber war in dem Aktenstücke angegeben. Die Sache ist unglaublich, und doch, daß ich sie Ihnen als amtlich verbürgen. Ich darf Ihnen nicht erst mittheilen, welche Antwort Ferut Khan auf diese Zumuthung gegeben hat.

[Tel. Dep. über Marseille.] Der „Sydaspe“ ist in Marseille am 24. November angekommen und hat folgende Nachrichten aus Konstantinopel mitgebracht: Ferut Khan hat dem Herrn v. Rutenieff, dem russischen Minister in Konstantinopel, einen Besuch gemacht. Die Festsetzung der russisch-türkischen Grenze in Asien ist auf den nächsten Mai verschoben worden. — Gegen den Gouverneur v. Mossul sind ernste Anklagen wegen Bestechlichkeit erhoben worden. — Nachrichten aus Adrianopel vom 6. d. M. melden, daß in dieser Stadt eine große Feuerbrunst stattgefunden hat. — Das „Journal de Constantinople“ sagt, die russische Schiffsahrtsgesellschaft auf dem schwarzen Meere habe bereits 40 Dampfschiffe angekauft.

[Ein furchtbarer Brand], wie man ihn lange nicht gesehen, hat in der Nacht vom 11. auf den 12. d. ungefähr 600 Häuser in dem französischen Stadttheile von Pera in Asche gelegt (J. teleg. Dep. Nr. 278). Das Feuer brach aus um 11 Uhr Abends und dauerte, theilweise vom Winde verbreitet, bis Morgens 7 Uhr fort. Es war in einem Hause entstanden, wo ein Mädchen bei einer Lampe eingeschlafen war. Ihre Kleidung hatte Feuer gefangen, und sie selbst verbrannte zu Kohle, ohne daß man ihr hätte Hülfe bringen können. Das Wasser ist so selten, daß für Geld es nicht einmal zu haben ist. Zur schnellen Verbreitung trug auch vorzüglich der Umstand bei, daß dort fast nur arme Leute in kleinen Holzhäusern dicht auf einander in engen Straßen wohnen, wo häufig kein Hof das Haus von dem rückwärts an der anderen Straße liegenden Hause trennt. So mußten denn alle Anstrengungen zum Löschen sich als vergeblich herausstellen und nicht einmal das Wenige von Möbeln konnte gerettet werden, das sich in einer orientalischen Haushaltung findet. Ganze Diebesbanden erleichterten die, welche gerettetes Gut wegstehlen wollten. Noch heute brennt es in denjenigen Kellern fort, wo einiger Kohlenvorrath für den Winter eingekauft war. Die Wohnungen, schon unerschwinglich theuer vor dem Brande, sind nun fast nicht mehr mit Geld zu bezahlen. Die türkische Regierung sucht einige der stehen gebliebenen Baracken zu kaufen, um die Obdachlosen unterzubringen. Auch in Adrianopel hat eine Feuerbrunst im Anfange dieses Monats ein Stadtviertel in Asche gelegt. Eines ist inmitten dieser Heimsuchungen für den Fremden auffallend, nämlich die Ergebenheit und Seelenruhe, die in dem echt orientalischen Bilde des biblischen Hiob so schön geschildert ist. Man hört fast kein Stöhnen, noch Wehklagen: „Der Herr hat's so gewollt!“ heißt es. Wir sahen eine osmanische abgebrannte Familie auf einem Strohsopha und einigen Strohstühlen unter freiem Himmel um einen Tisch sitzen, das Einzige, was sie außer der Peise gerettet hatten. Der Familienvater rauchte ganz ruhig seinen Tschibak und die Uebrigen begnügten sich mit einem Bißchen Brod und einem Krüge Wasser. Man hätte sagen können, sie seien auf einer Landpartie, so ruhig waren ihre Gesichter. (R. 3.)

Amerika.

New York, 12. Novbr. [J. M. Clayton.] Der durch den Abschluß des Claytonbülververtrages bekannte Diplomat, ist am 9. d. M. nach längerer Krankheit gestorben.

Carthagen (in Neugranada), 15. Okt. [Die Liberalen und die Verfassung.] Die Errichtung des Staates Panama war der erste Schritt zur Einführung der Föderalverfassung auf dem Gebiete von Neugranada. Diesem Beispiele gefolgt ist die Provinz Antioquia, welche durch ein Gesetz vom 11. Juni d. J. zum freien Staate gleiches Namens erhoben worden ist. Zum Verständniß dieses Vorganges muß man wissen, wie der Lieblingstraum der liberalen Partei, auf Herstellung eines Columbianischen Staatenbundes, ähnlich dem von Bolivar gestifteten, aber reformirt nach nordamerikanischem Muster, gerichtet ist, während sie doch andererseits nichts so sehr fürchtet, als eine starke Centralgewalt. Diesen Befürchtungen auf der einen und jenen Conföderationsbefürchtungen auf der andern Seite glauben sie am besten Rechnung zu tragen, indem sie zunächst auf neu-granadischen Gebiete dem Prinzip des Föderalismus in durchgreifender Weise Geltung zu verschaffen suchen. In diesem Sinne wurde in der Zusazze zur Verfassungs-Urkunde vom 27. Februar v. J. allen Provinzen das Recht vorbehalten, sich mit Zustimmung des Kongresses für souverän zu erklären, eigene Staaten zu bilden und mit dem Mutterstaate Neugranada in Föderativverfassung zu treten. In demselben Sinne hat so eben ein außerordentlicher Kongreß sich vorläufig über den Entwurf einer Verfassung für die Neugranadische Konföderation Columbiana geeinigt. Natürlich unterliegt dieser Entwurf noch der definitiven Beschlußnahme des im kommenden Februar zusammentretenden Kongresses. Unter den als gültig für die gesamte Konföderation aufgestellten Fundamentalbestimmungen des Projekts steht oben an das Verbot, die Sklaverei einzuführen, die Religionsfreiheit oder die Presse zu beschränken oder das Prinzip des Freihandels zu verletzen. Den Einzelstaaten ist das Recht, Krieg zu führen oder auch nur stehende Truppen zu halten, entzogen. Zur Kompetenz der Bundesgewalt gehören die Vertretung nach außen, die Entscheidung der Streitigkeiten zwischen Einzelstaaten, das Münzwesen, die Verwaltung des Staatsvermögens u. s. w. Zu dem letzteren gehören auch die Einkünfte aus der Panamabahn. Die Exekutive besteht aus dem Präsidenten und den von ihm ernannten Ministern; die Legislative aus dem Senat und dem Repräsentantenhaufe. Mit diesem Entwurf, dessen nordamerikanisches Vorbild bis auf den Sklavereipunkt überall durchblickt, ist es natürlich zugleich auf die Sympathien der Galathea's in Venezuela und Ecuador abgesehen, wo derselbe in der That zahlreiche Anhänger findet. (P. C.)

Melbourne, 28. August. [Parlamentarische Wahlen.] Eisenbahnen etc.] Die Wahlen der Mitglieder des Parlaments, 30 für das Oberhaus und 60 für das Unterhaus, nehmen die allgemeine Aufmerksamkeit fast ausschließlich in Anspruch, wiewohl der gesetzliche hohe Census für das Oberhaus haben gestern begonnen, die Wahlen für das Unterhaus sollten erst im Oktober stattfinden. — Man ist lebhaft beschäftigt, mit Einleitungen zur Errichtung von Telegraphen und Eisenbahnverbindungen zunächst zwischen den Kolonien Victoria und Süd-Australien; eine Eisenbahnlinie von Victoria an den Murray soll sofort in Angriff genommen werden. Die Regierungen von Victoria und Süd-Australien haben sich über die Anlage einer Telegraphenlinie zur Verbindung der Hauptstädte der beiden Kolonien geeinigt; die Regierung von Tasmanien hat die Einrichtung einer Telegraphen-Linie von Hobart Town nach Launceston beschlossen und die Handelskammern von Hobart

Strzeżka.
(Beilage.)

Bekanntmachung.

Alle im Synagogen-Gelände-Gebäude, Teichgasse Nr. 4/359, belegenen Fleischverkaufsstellen sollen auf ein Jahr, vom 1. Januar bis ultimo Dezember 1857, im Ganzen oder einzeln aus freier Hand verpachtet werden. Nachstufte können die Bedingungen bei unserem Sekretär, Herrn Eichhorn, täglich in den Amtsstunden einsehen.
Posen, den 18. November 1856.
Der Synagogen-Verwaltungs-Vorstand.

Bekanntmachung.

Zur öffentlichen meistbietenden Verpachtung der im Schutzbezirk Góra belegenen fiskalischen Ziegellei auf drei Jahre, vom 1. Januar 1857 ab, unter den bisherigen Bedingungen, habe ich einen Termin auf Montag den 15. Dezember c. Vormittags von 11 Uhr ab in meiner Amts-Kanzlei anberaumt, zu welchem ich Nachstufte hiermit ergebenst einlade.
Königliche Oberförsterei Zitzke, den 24. November 1856.

Brauerei-Verkauf.

In einer Stadt Ostpreußens soll besonderer Familienverhältnisse halber eine im besten Zustande befindliche Brauerei nebst elegantem Wohngebäude, Speicher, Scheunen, Gärten, Landereien u. für den festen Preis von 15,000 Thlr. bei geringer Anzahlung sofort verkauft werden. Adressen sind sub W. #1 in der Exped. d. Ztg. einzureichen.

Homöopathische Behandlung langwieriger innerer und äußerer Krankheiten durch Brief. Arme unentgeltlich.

Dr. J. Loewenstein,

homöopathischer Arzt zu Schwet. An Magenkrampf und Verdauungsschwäche u. Leidende theilt über das bewährte Dr. Döck'sche Heilmittel auf frankirte Anfragen Näheres mit die hinterbliebene Familie des verl. Dr. med. Döck zu Barnstorf im Königreich Hannover.

Stand der Lebens-Versicherungs-Bank f. D. in Gotha

am 1. November 1856.

Versicherte	20,020 Pers.
Versicherungssumme	31,954,600 Thlr.
Hiervon neuer Zugang seit 1. Januar:	
Versicherte	1,123 Pers.
Versicherungssumme	1,870,600 Thlr.
Einnahme an Prämien und Zinsen seit 1. Januar	1,150,000
Ausgabe für 339 Sterbefälle	557,000
Verzinsliche Ausleihungen	8,150,000
Bankfonds	8,360,000
Dividende für 1856, aus 1851 stammend	33 Proz.

Versicherungen werden vermittelt durch

H. Bielefeld in Posen.

A. C. Tepper in Bromberg.

S. G. Schubert in Lissa.

Kanzleidirektor Spisky in Schönlanke.

Wechsel-, Fonds- und Incasso-Geschäft

von R. Michaelis & Co. in Berlin

effektuiert

den Ein- und Verkauf von Staats-Papieren, Bank- und Eisenbahn-Aktien. Für ausserhalb bemerkend, dass wir eingesandte Papiere zum Tageskurse berechnen, zu kaufende dazu liefern, Verschlüsse auf Lieferung, Kontrolle der Verlosungen und Verwaltung von Kapitalien übernehmen.
R. Michaelis & Co., Berlin, Schornstr. 12.

Es beginnt wieder ein neuer Kursus, in und außer dem Hause, im Weißfischen jeder Art, Gnipure mit Durchbruch und Rantenfischen, ferner im Buntfischen in glatter und erhabener Manier. Auch werden Bestellungen angenommen, Bäckersstraße Nr. 7 Partierre.

2000 Stück guter, trockener Dorf frei ins Haus für 4 Thlr. Schriftl. Bestellungen gr. Ritterstraße bei Mad. Schmidt im Laden (neben Frn. Mallachow), wo eine Probe ausliegt.

Wir empfangen heute und verkaufen auf unserer Niederlage:

Gas-Coaks à Scheffel 9 Sgr.

Beste Schmiedekohle à Scheffel 10 Sgr.

Carl Schuppig & Comp.

Kohlen-Niederlage:

St. Martin- und Mühlenstraßen-Gde, Eingang von der Mühlenstraße.

Komptoir:

Wilhelmsstraße Nr. 18, gegenüber der königlichen Bank.

Niederschlesische Stückkohle, Wurfkohle und kleine Kohle, wie auch vorzügliche Schmiedekohle, englische doppelt gestiebte Rußkohle und echt englischen Coaks billigst in ganzen Wagenladungen von den betreffenden Bahnhöfen ab, so wie last- und scheffelweise in der Niederlage Schifferstraße Nr. 13 in Posen offerirt hiermit ergebenst.
A. Krzyżanowski.

Herbst- und Winter-Mäntel, Angora- und Double-Jacken empfiehlt in reichhaltiger Auswahl

Louis Hirschfeld, Markt- und Breslauerstraßen-Gde Nr. 61.

Sammliche Neuheiten

in wollenen, halb wollenen, halbseidenen und seidenen Stoffen, französischen, englischen und deutschen Fabrikates, sind eingetroffen, und bietet mein großes Lager vom einfachen bis reichen Genre eine schöne Auswahl.

Mode-Magazin für Damen von Ferdinand Schlesinger in Bromberg, frühere Firma: Richter & Schlesinger.

Mode-Magazin für Damen

von Ferdinand Schlesinger,

frühere Firma: Richter & Schlesinger.

Ich zeige hiermit ergebenst an, daß mein Lager von Herbst- und Wintermänteln auf das vollständigste sortirt ist.

Ferdinand Schlesinger in Bromberg, frühere Firma: Richter & Schlesinger.

Die Tapissierwaaren-Handlung von Wwe. J. Fuchs,

Neustadt 14.

empfehle ich auf das reichhaltigste assortirtes Lager von Nouveautés in eleganten Sideren zu Seffeln, Lampentellern, Schuhen, Borien zu Cigarrenbecher und Alschbecher, Cigarren- und Wistkarten-Taschen, Notizbüchern, Portemonnaies, Feuerzeugen, Cigarrenkasten, Kalender, Kartenpressen, Zeitungsmappen, Uhrgehäusen, Glöckenzügen u.; ferner: die neuesten Wollenwaaren, als: Herren- und Damenschawls, Kamäsch und Hauben für Erwachsene und Kinder, Mützen und Schuhe für Knaben; Muster zu Lambrequins in Wolle und auf Kanakas zu arbeiten und alle Arten angefangene und fertige Sideren.

Eine große Partie

zurückgesetzter wollener Stoffe wird, um damit zu räumen, unter der Hälfte der Fabrikpreise verkauft.

R. Liszkowski, Wilhelmsstr. Nr. 12.

Waldwolle

zur Polsterung von Möbeln, Matratzen, Wagen u. offerire. Proben gratis, Briefe erbitte mir franko.

Louis Berner in Breslau.

Feines Weizen-Dampfmehl

vom Dom. Labiszynski habe ich wieder vorräthig und verkaufe dasselbe bei Abnahme von mindestens 1/2 Centner zu billigen Preisen.

Isidor Cohn,

Breslauerstraße im Hôtel de Saxe.

Auf dem Dominium Lankowice bei Grin sind etwa 150-170 Ctr. guten Tabaks zu verkaufen.

Gute Speise-Kartoffeln, auch Kohlrüben und Mohrrüben werden verkauft bei

S. Barthold, Königsstraße 6/7.

L. Nauscher,

Rauchfleisch-Handlung, Breslauerstraße 40,

empfehle ital. Fleischkäse, gefüllten Schweinskopf mit Trüffeln, so wie Moratel- und feine Braunschweiger Wurst nebst Hamburger Rauchfleisch. Auch sind das selbst Delikatess-Würstchen, feine Bratwurst, so wie täglich frische Frankfurt Würstchen in vorzüglicher Güte zu haben; endlich feine Leber- und Zungenwurst, auch alle Sonnabend-Semmel- und Leberwürstchen à la Berlin.

Gothaer Würstchen à 2 1/2 Sgr.

empfehle

J. R. Zeitgeber.

Leinöl wird verkauft in kleinen und großen Quantitäten. Auch empfehle ich mich den geehrten Herren Landbewohnern mit guten, reinen Leinfischen in jeder beliebigen Größe.

Zerghkrow, den 25. November 1856.

Fr. Bunk, Mühlenbesitzer.

Verkaufs-Anzeige

von Malaga-Citronen in bester Sorte à Dgd. 8 Sgr., bei Abnahme von 100 St. à Dgd. 7 1/2 Sgr., Kisten à 400 Stück 7 Thlr. bei

Julius Rawitzki,

St. Adalbert Nr. 49.

Die Herren Landwirthe mache ich auf eine sehr zweckmäßige Vorrichtung aufmerksam, vermittelt deren man durch jeden liegenden Göpel, ohne denselben zu transportieren, eine Schotmühle oder namentlich Sägemaschine leicht betreiben kann, ohne irgend welche

Beachtungswerth für Fuhrwerksbesitzer!

In einem Dorf, 4 Meilen von Posen und 1/2 Meile vom Wasser entfernt, wird starkes Fuhrwerk zur Anfuhr von 1000 Stück starker Bauhölzer gesucht.

Es wird lohnender Verdienst zugesichert und nähere Auskunft ertheilt vom Geschäftsführer Neufeld in Santomysl.

Während des bevorstehenden Bromberger Jahrmarkts ist ein Geschäftslokal am Markt Partierre zu vermieten; nähere Auskunft ertheilt auf portofreie Anfragen

S. Dohl in Bromberg.

In meinem hier in der Birnhaumer Straße belegenen Hause ist sofort eine zur Bäckerei sich eignende Wohnung nebst neu eingerichteten Backofen auf mehrere Jahre zu verpachten.

Neustadt b. Pinne.

Michael Munter.

Markt Nr. 8 ist eine möblirte Wohnung zu vermieten.

Für ein Kurz- und Posamentenwaaren-Geschäft in der Stadt Culm a. W. werden ein Kommiss und zwei Lehrlinge gesucht. Reflektanten wollen sich dieshalb bei Hrn. M. C. Auerbach, Breitestraße Nr. 12 in Posen, melden.

Ein Konditorgehülfe sucht veränderungshalber eine andere Kondition. Adressen werden unter A. B. 20. post reestante Posen erbeten.

Auf der Berlinerstraße ober in der Gegend des Theaters ist am 26. d. M. eine pieredige Granatbroche verloren worden. Wer dieselbe in der Liszkowski'schen Handlung im Bazar abgiebt, erhält einen Thaler Belohnung.

So eben erschien und ist in der Mittler'schen Buchhandlung (M. G. Döppner) in Posen, in Ostrowo bei Herrn J. Priebatsch zu haben:

Fr. Engel Der Ralksand-Viseban, 2. mit einem Nachtrage vermehrte Auflage. Preis 27 1/2 Sgr.

Der Nachtrag ist auch für die Besitzer der 1. Auflage für den Preis von 4 Sgr. auf feste Bestellung durch jede Buchhandlung zu beziehen.

Von demselben Verfasser erschien ferner: Handbuch des landwirthschaftlichen

Die neuesten Herbst- und Winter-Modelle in Hüten, Hauben, Coiffuren sind aus Paris eingetroffen und empfehle Kopien zu den solidesten Preisen.

Mode-Magazin für Damen

von

Ferdinand Schlesinger

in Bromberg,

frühere Firma: Richter & Schlesinger.

Veränderungen oder Vorrichtungen in dem Gebäude selbst. Eine solche Vorrichtung nebst 4 Zoll breitem, doppeltem Nieten kostet 40 Thlr. und kann zu jeder Zeit in meiner Fabrik besichtigt werden.

S. Segielski in Posen.

FESTGESCHENKE.



Wilhelms-Platz No. 4. Wilhelm Bernhardt Platz No. 4. OPTICUS. Posen



Dr. 9.

Spielzeug-Verkauf.

Mein seit einer Reihe von Jahren bestehendes Spielzeug-Lager beabsichtige ich bis Weihnachten gänzlich auszuverkaufen, und sind die Preise von heute ab bedeutend heruntergelegt. Besonders empfehlenswerth für Wiederverkäufer, denen jetzt noch bei großer Auswahl sehr vortheilhafter Einkauf geboten wird.

S. R. Kantorowicz,

Wilhelmsstraße Nr. 9

Eine Zieh-Maschine steht billig zum Verkauf Wallischei Nr. 6.

Bauwesens. Preis broch. 6 Thlr., geb. 6 1/2 Thlr.

Die praktische Brauchbarkeit ist von allen landwirthschaftlichen und technischen Autoritäten anerkannt worden.

Für Staats- und Landwirthe: U. Röder auf Stechau, Die Theuerung, ihre Ursachen und Abhülfen.

broch. 10 Sgr. Verlag von C. Röder in Briesen.

Bei Jm. Tr. Wöller in Leipzig erschien und kann durch jede Buchhandlung des In- und Auslandes bezogen werden, in Posen vorräthig in der Mittler'schen Buchhandlung (M. G. Döppner):

Der kluge Hausvater

und die kluge Hausmutter.

Ein zuverlässiges, praktisches, Ersparniß, Nutzen und Annehmlichkeit erzielendes und erhöhendes

Haushaltungs- und Wirthschaftsbuch für jedes große wie kleine Hauswesen in der Stadt und auf dem Lande, bei den verschiedenartigen Geschäften und Bedürfnissen in

Haus, Hof, Küche, Speisekammer, Keller und Garten.

Von Dr. William Löbe.

Dritte Auflage. Zugleich Supplement zu August Erdm. Lehmanns und jedem andern Kochbuche.

Preis nur 25 Sgr.

Dieses Buch ward einstimmig von der Kritik empfohlen als ein aus den besten Quellen der Erfahrung hervorgegangener sicherer Universal-Rathgeber und unerschöpflicher Schatz alles fast nur denkbaren Wissensmäßigen für die täglichen Vorkommnisse in jedem Haushalt.

